

Die soziale Energiewende

DIE LINKE hat einen 7-Punkte-Katalog vorgelegt: Damit die Energiewende nicht scheitert, muss ihre soziale Dimension ins Zentrum des politischen Handelns rücken. Die Mega-Profite der Stromkonzerne sind bei steigenden Strompreisen ein Skandal. Allein e.on und RWE haben im ersten Halbjahr 2012 11,7 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Hier die sieben Kernforderungen:

1 Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung beenden: Um rund zwei Cent könnte der Strompreis niedriger liegen, gäbe es eine funktionierende Aufsicht und Regulierung des Endkundengeschäfts beim Strom. Die Bundesregierung muss ein Konzept für eine effektive, staatliche Aufsicht erarbeiten und dieser einen Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen.

2 Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen: Die Kosten der Energiewende dürfen nicht länger einseitig bei privaten Haushalten und kleinen Unternehmen abgeladen werden. An der Finanzierung muss sich künftig auch die energieintensive Industrie beteiligen. Würden die großen Stromverbraucher an den Energiewendekosten angemessen beteiligt, könnte der Strompreis sinken.

3 Stromsteuer senken: Der Anstieg der so genannten Ökostrom-Umlage auf 5,3 Cent je Kilowattstunde darf nicht zu einer weiteren Strompreiserhöhung führen. Darum soll die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher von gegenwärtig 2,05 auf 0,5 Cent je kWh abgesenkt werden.

4 Der Sockeltarif für Strom - Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen: Jeder Energie-

versorger wird dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Der Strom oberhalb des Grundkontingent würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.

5 Stromsperrern beenden: Das Sperren der Stromversorgung bei privaten Haushalten aufgrund von Zahlungsunfähigkeit muss ein Ende haben. Denn die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

6 Abwrackprämie für Stromfresser: Alte Elektrogeräte sind meist wahre Energieschleudern. Sie erhöhen die Stromrechnung und belasten das Klima. Besonders energieeffiziente Neugeräte sind jedoch im Anschaffungspreis teurer als solche mit höherem Stromverbrauch. Jeder Haushalt soll daher einen Zuschuss von 200 Euro bei der Neuanschaffung eines Strom sparenden Haushaltsgeräts erhalten.

7 Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Verteilung: Die Heizkosteneinsparungen werden in vielen Fällen niedriger sein, als die umgelegten Kosten der Investition. Dennoch muss saniert werden, denn der Gebäudebereich verbraucht in Deutschland rund 40 Prozent aller Endenergie. Um soziale Härten zu vermeiden, muss die Bundesregierung die Mittel für die energetische Gebäudesanierung von gegenwärtig rund 1,5 Milliarden auf etwa fünf Milliarden Euro im Jahr aufstocken.

Ausführliche Erläuterungen zum Konzept finden Sie auf: www.linksfraktion.de/energiewende

